

GGG

Gesamtschul-Kontakte

Vierteljahres-Zeitschrift der Gemeinnützigen Gesellschaft Gesamtschule e.V. – Gesamtschulverband
28. (36.) Jahrgang · 1. Juni 2005 · H 2395 ISSN 1431-8075

29. GESAMTSCHULKONGRESS

23. bis 25. September 2005
in Kleinmachnow

www.laenger-gemeinsam-lernen.de



Maxim-Gorki-Gesamtschule
mit gymnasialer Oberstufe

14532 Kleinmachnow · Förster-Funke-Allee 106 · Telefon 033203/22148
maxim-gorki-gesamtschule.kleinmachnow.de

Gemeinnützige Gesellschaft Gesamtschule e.V. – Gesamtschulverband
26583 Aurich · Postfach 1317 · Telefon 04941/18777 www.gesamtschulverband.de

29. Gesamtschulkongress der GGG

vom 23. bis 25. September 2005 in der Maxim-Gorki-Gesamtschule Kleinmachnow

Unter dem Motto: www.laenger-gemeinsam-lernen.de will der Kongress fit machen für die „Schule für alle“, die gemeinsame Schule für alle Kinder bis zum Ende der Pflichtschulzeit und damit einen Beitrag leisten nicht nur für die Weiterentwicklung des Bildungssystems in Deutschland insgesamt, sondern Anregungen und Impulse geben für die Weiterentwicklung der vielen real existierenden Gesamtschulen in unserem Lande.

Indem wir jeden Schüler und seinen individuellen Lernprozess ernst nehmen, machen wir die Verschiedenheit und damit die Vielfalt der Menschen zu einem konstitutiven Moment der Schule. Die „Schule für alle“ ist dann auch „Schule für alle Begabungen“. Ein folgerichtiger Schritt ist es dann, in der Heterogenität der Schüler nicht mehr ein Lernen behinderndes sondern förderndes Moment zu sehen. Und dann kommt man zu Schulformen, in denen altersgemischt und mit Einbeziehung von Menschen mit besonderen Fähigkeiten aber auch Beeinträchtigungen gearbeitet wird.

Unser Gesamtschulkongress soll hier ansetzen, uns fit machen – oder wenigstens einen Beitrag dazu leisten –, damit wir besser lernen, mit der Verschiedenheit und Vielfalt der Kinder und Jugendlichen konstruktiv umzugehen. Wir lernen Schulbeispiele aus unserer Nachbarschaft kennen, die hierzu Beiträge liefern und uns zur Adaption auffordern. In diesem Sinne vernetzen wir uns für ein längeres gemeinsames Lernen auch in Deutschland. (elh)

Für mehr als 20.000 Kinder fehlen Gesamtschulplätze
Die Anmeldungen an Gesamtschulen liegen auch im Jahr 2005 weit über der vorhandenen Kapazität. In mehreren Bundesländern sind die Quoten gegenüber 2004 sogar relativ gestiegen – eine hervorragende Bestätigung der Gesamtschularbeit.

Seite 3

Wanderausstellung zum Thema „Gesamtschule“
Unter dem Motto „Schule verändern“ – Beispiele aus Gesamtschulen in Schleswig-Holstein“ wird „gelungener Schulalltag gegen Schulunlust gestellt, Ideen gegen Resignation, und so gibt die Ausstellung Anstöße für die Weiterentwicklung von Schule“.

Seite 4 ff

Am GGG Stand auf der Didakta in Stuttgart
Für die GGG in der gesamtschulischen Extremdiaspora werben? Ist das nicht ein frustversprechendes Vorhaben? Die Lage des Standes schien mir einen langweiligen Tag zu bedeuten. Aber es kam anders. Ein persönlicher Erfahrungsbericht.

Seite 8

Die GGG – aktiv und präsent in den Bundesländern
Auf 8 Seiten Berichte aus den Bundesländern: Gesamtschultage, Anmeldesituation, Änderungen in der Schulgesetzgebung, Resolutionen, Unterstützung erfolgreicher Gesamtschularbeit – die GGG ist vor Ort, nimmt Stellung und setzt Impulse.

Seite 11 ff

Inhalt

Thema

2005 – Elternwünsche nach Gesamtschulplätzen unverändert groß! 3

Beispielhafte Projekte

„Schule verändern – Beispiele aus Gesamtschulen in Schleswig-Holstein“ 4

GGG Aktuell

Am GGG-Stand auf der Didakta 8

Heft 56 der Blauen Reihe erschienen 9

GGG-extra 29. Gesamtschulkongress

Wir machen uns fit für die „Schule für alle“ I

Die gastgebende Schule II

Die gastgebende Gemeinde III

Kongressprogramm/Arbeitsgruppen IV

Aus den Ländern 11

GGG Intern

Dr. Joachim Lohmann wird 70! 19

Kommentar

Reform – Reform? – Reform? – Reform! 20

Impressum

Heft 2/2005 vom 1. Juni 2005

ISSN 1431-8075

Gesamtschul-Kontakte

28. (36.) Jahrgang

Herausgeber: Gemeinnützige Gesellschaft Gesamtschule e.V. – Gesamtschulverband

Redaktion: Ursula Helmke, Dr. Ingo Kunz, Dr. Christa Lohmann, Jürgen Riekman, Dr. Klaus Winkel, Wolfgang Vogel (Koordination), Dr. Michael Hüttenberger (presserechtlich verantwortlich)

Evenaristraße 46, 64293 Darmstadt, E-Mail: kontakte@ggg-bund.de

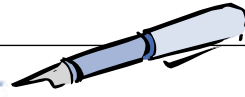
Vertrieb: GGG-Geschäftsstelle, Postfach 1307, 26583 Aurich, Telefon: 04941/18777 E-Mail: geschaeftsstelle@ggg-bund.de

Die Gesamtschul-Kontakte erscheinen vierteljährlich. Der Abonnementpreis beträgt jährlich € 14,- (einschließlich Versand). Der Einzelpreis des Heftes von € 4,- ist für GGG-Mitglieder im Mitgliedsbeitrag enthalten. Auflage: 4.000 Exemplare

Druck: Druckwerkstatt Kollektiv GmbH
Layout: Waso Koulis, Michael Hüttenberger
Illustrationen: Katja Rosenberg

Die nächste Ausgabe erscheint am: 1.6.2005
Redaktionsschluss: 1.5.2005

... vorab bemerkt



Liebe Gesamtschulfreunde und -freundinnen,

der Gesamtschulkongress wirft seine Schatten voraus. Hat er nicht schon stattgefunden? Das wird sich hoffentlich keiner der gut informierten Leserinnen und Leser der Gesamtschul-Kontakte fragen. Gleichwohl, die Frage wäre historisch begründet, fanden doch bislang alle GGG-Bundeskongresse am Himmelfahrtswochenende statt oder zumindest im Mai, wie der letzte Kongress in Köln.

Diesmal ist es anders, der Kongress rückt vom Frühjahr in den Herbst. Also nicht mehr: „Alles neu macht der Mai“. So viele neue Ideen und Erkenntnisse braucht es auch nicht mehr. Es genügt, wenn wir die, die wir haben, konsequent umsetzen. Herbst ist Erntezeit: „... und kam die goldene Herbsteszeit“ - vielleicht ist dies die Symbolik einer neuen Kongresstradition. Passend dazu auch der Kongressort – Kleinmachnow im Fontaneland. Sorgen wir doch dafür, dass nicht nur „... die Birnen leuchten weit und breit.“

Der 29. Gesamtschulkongress der GGG bildet den Mittelpunkt dieses Heftes – in der Mitte als 4-seitige Extra-Beilage zum Ausheften.

Traditionsgemäß im zweiten Heft eines jeden Jahres platziert ist Ingrid Wenzlers zusammenfassender Bericht über die Anmeldesituation – wiederum fehlen bundesweit über 20.000 Gesamtschulplätze. Gerade in NRW müssten, so ist die Rechtslage dort, deshalb viele neue Gesamtschulen geschaffen werden. Wenn Sie, liebe Leserinnen und Leser, diese „Vorab-Bemerkungen“ in den Händen halten, wird NRW einen neuen Landtag gewählt haben. Mit welchen Folgen für die Gesamtschulen? Nach dem letztendlichen Wahlausgang in Schleswig-Holstein sind große Hoffnungen nicht angebracht. Was wäre das für ein Signal gewesen – ein Schulsystem im Norden Deutschlands

mit dänischer Anmutung? Dass sich die bestehenden Gesamtschulen in Schleswig-Holstein sehen lassen können, wissen wir spätestens seit es die Ausstellung „Schule verändern – Beispiele aus Gesamtschulen in Schleswig-Holstein“ gibt, über die Christa Lohmann berichtet. Die Ausstellung wird auch beim Gesamtschulkongress zu sehen sein. Präsent war die GGG bei der Didakta in Stuttgart. Über seine persönlichen Erfahrungen bei der Bildungsmesse in der „gesamtschulischen Extremdiaspora“ schreibt Fritz Schmid. Bildungspolitische Nachrichten und Berichte aus den Ländern fehlen natürlich auch in dieser Ausgabe der Gesamtschul-Kontakte nicht. GGG-intern dürfen wir Joachim Lohmann zum 70. Geburtstag gratulieren. Der Kommentar von Wolfgang Vogel befasst sich diesmal mit Reformen, Reformen und Reformen.

Alle Beiträge dieser Ausgabe der Gesamtschul-Kontakte gibt es natürlich wiederum im Internet (unter www.ggg-bund.de und www.gesamtschulverband.de). Auch erscheint die vollständige Ausgabe wieder im pdf-Format, die Möglichkeit zum „downloaden“ inbegriffen.

In einigen Bundesländern, liebe Leserinnen und Lesern dieser Vorab-Bemerkungen, beginnen demnächst schon die Sommerferien. andere müssen noch etwas warten. So oder so, bis zur nächsten Ausgabe der Gesamtschul-Kontakte sind die Sommerferien schon wieder vorüber. Genießen Sie also die Sommerzeit und freuen Sie sich auf den Gesamtschulkongress im Herbst.

Ihr

Michael Hüttenberger



2005 – Elternwünsche nach Gesamtschulplätzen unverändert groß!

Für mehr als 20.000 Kinder fehlen Gesamtschulplätze

von Ingrid Wenzler

Die Anmeldungen an Gesamtschulen liegen auch im Jahr 2005 weit über der vorhandenen Kapazität. In mehreren Bundesländern, z.B. Hamburg, NRW und Baden-Württemberg sind die Quoten gegenüber 2004 sogar relativ gestiegen. Diese hervorragende Bestätigung der Gesamtschularbeit drückt sich in folgenden Zahlen aus: Allein in 5 Bundesländern können somit 18.371 Kinder im nächsten Schuljahr nicht an der von ihnen gewünschten Schulform Gesamtschule lernen. Das sind 656 fehlende Klassen (28 Kinder pro Klasse) oder 163 vierzügige Gesamtschulen, die zusätzlich errichtet werden müssten, um den Schulformwunsch Gesamtschule befriedigen zu können. Bei der Betrachtung der Zahlen muss beachtet werden:

In Nettetal (Kreis Viersen, NRW) haben sich 53 % der Eltern für die Gesamtschule entschieden! In vielen Städten in NRW liegen die Anmeldequoten um und über 40 % des Jahrgangs. Hamburg meldet in 2005 wiederum eine relative Steigerung gegenüber 2004. Über 30 % des 4. Jahrgangs wurden an einer Gesamtschule angemeldet.

- In Schleswig-Holstein muss fast jedes 2. Kind abgewiesen werden. Diese hohe Quote der Anmeldeüberhänge an Gesamtschulen ist seit mehreren Jahren stabil. Statt diesem stabilen Elternwunsch zu entsprechen und neue Gesamtschulen zu errichten, droht unter der neuen Regierung in einem Fall (IGS Pansdorf) sogar eine Rückumwandlung einer Gesamtschule bei 190 Anmeldungen auf 104 Plätze!
- In Niedersachsen, wo es ebenfalls nicht in

ein, zu den 30 % der Abgelehnten zu gehören und anschließend an anderen Schulformen zu spät zur Anmeldung zu kommen. Dieser infame Druck auf Eltern mag geeignet sein, die Anmeldezahlen an Gesamtschulen zu drücken. Er wird es jedoch nicht schaffen, den Druck der Eltern auf Neuerrichtung von weiteren Gesamtschulen auf Dauer abtöten zu können.

- In Bremen sind mittlerweile vier additive Schulzentren in Gesamtschulen ("Integrierte Stadtteilschulen") umgewandelt worden, so dass dem Elternwunsch nach mehr Gesamtschulplätzen endlich entsprochen wurde. Die Zahl der Anmeldungen übersteigt die Zahl der Plätze landesweit nur um 51 bzw. 3,6 %. Ein besonderes Problem besteht allerdings darin, dass an den „alten“ (schon lange bestehenden) 10 Gesamtschulen wegen der gezielten Anwahl nach wie vor eine hohe Zahl von Abweisungen erfolgen wird.

Die Entwicklung in den östlichen Bundesländern bleibt geprägt vom noch andauernden Rückgang der Schülerzahlen und damit Schulschließungen in allen Schulformen. Unübersichtlich ist die Lage in Brandenburg, wo zum Schuljahresbeginn 2005/2006 alle Gesamtschulen ohne Sekundarstufe II und alle Realschulen per Federstrich zu Oberschulen umgewandelt wurden. Die Auswirkungen auf das Anmeldeverhalten müssen abgewartet werden.

In Bundesländern ohne zentrale Daten über die Anmeldungen oder mit noch laufenden Anmeldeverfahren sind Gesamtschulen an vielen Orten ähnlich stark nachgefragt wie in den genannten Bundesländern. Somit können bundesweit über 20.000 Anmeldewünsche an Gesamtschulen nicht berücksichtigt werden. Die GGG prangert diesen bildungspolitischen Skandal an und fordert die bedarfsgemäße Errichtung von Gesamtschulen in allen Bundesländern als Einstieg in die gemeinsame Schule für alle. Die Aushöhlung des Elternwahlrechts, wenn der Wunsch der Gesamtschule gilt, stellt eine Missachtung von Eltern dar; es konfrontiert die Kinder mit einer tiefen Enttäuschung am Anfang ihrer Sekundarschulzeit. Was Jahr für Jahr im Übergang zur Klasse 5 geschieht, ist pädagogisch, bildungspolitisch und demokratisch unverantwortlich. ♦

Bundesland	Anmeldungen	Aufnahmekapazität	Ablehnungen	Ablehnungen in %
Schleswig-Holstein	5.538	2.901	2.637	48 %
Rheinland-Pfalz	3.704	2.311	1.393	38%
Baden-Württemberg	1.020	667	353	35 %
NRW	43.925	29.988	13.937	32 %
Hamburg	4.266	4.266	0	0
Bremen	1.461	1.410	51	3,6%
Summe	59.914	41.543	18.371	31%

- In vielen Landesteilen der genannten Bundesländer gibt es keine Gesamtschulen. Dort können Eltern ihren Wunsch nach einer Gesamtschule nicht durch Anmeldung zeigen. Der wirkliche Bedarf ist also deutlich höher. Besonders extrem ist dies natürlich in Baden-Württemberg, wo es Gesamtschulen nur in drei Städten gibt (Freiburg, Heidelberg und Mannheim). Es trifft aber auch in Rheinland-Pfalz zu, wo z.B. die Trierer Gegend noch ganz ohne Gesamtschule ist.
- In vielen Städten ist die Gesamtschule die am stärksten angewählte Schulform.

allen Landesteilen Gesamtschulangebote gibt, fanden Jahr für Jahr über 30 % der angemeldeten Kinder mangels Kapazität keinen Gesamtschulplatz. In diesem Jahr liegen noch keine repräsentativen Zahlen vor. Überanmeldungen gibt es bisher in Braunschweig und Göttingen. CDU-Kultusminister Busemann hat angeordnet, dass es im Jahr 2005 keine vorgezogenen Anmeldetermine an Gesamtschulen mehr geben darf. Eltern stehen so in einem unzumutbaren Dilemma. Wenn sie sich für die Gesamtschule als Schulform ihrer Wahl entscheiden, gehen sie das Risiko



„Schule verändern – Beispiele aus Gesamtschulen in Schleswig-Holstein“

Bericht über eine Wanderausstellung zwischen den Meeren

von Christa Lohmann

Entstehung

Angefangen hat die Geschichte im Mai 2002, als sich im Rahmen des Heimfahrtstreffens von GGG, GEW und LER/NRW die Gelegenheit bot, in der Schildesche Gesamtschule in Bielefeld die Ausstellung „30 Jahre Gesamtschulen in Nordrhein-Westfalen“ anzusehen. Das Thema, konsequent historisch ausgerichtet, war eindrucksvoll präsentiert und löste bei den Insidern der Szene viele Erinnerungen und nostalgische Gefühle aus.

Der Landesvorstand der GGG in Schleswig-Holstein zeigte sich im Laufe des Jahres dafür aufgeschlossen, eine solche Ausstellung auch für Schleswig-Holstein zu erarbeiten. Nach einigen klärenden Vorgesprächen traf sich Anfang 2003 eine erste kleine Runde aus Mitgliedern der GGG und der Landesfachgruppe Gesamtschule in der GEW. Die Themen hießen Erarbeitung eines Konzeptes, Materialsuche, Gewinnen von weiteren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie die Suche nach Geldquellen.

Die Arbeitsgruppe, Ideen und Probleme Auf einer Klausurtagung im Februar 2003 wurde die Gruppe relativ schnell

darüber einig, dass sie keine Kopie der NRW-Ausstellung haben, sondern das Thema systematisch bearbeiten wollte. Wir wollten anknüpfen an die PISA-Ergebnisse, an die Notwendigkeit radikaler Veränderungen im deutschen Schulwesen und an die Vorreiterrolle, die die Gesamtschulen für Schulstruktur und pädagogische Innovationen von Anfang an gespielt haben. So kristallisierte sich im Laufe der Arbeiten das Thema „Schule verändern – Beispiele aus Gesamtschulen in Schleswig-Holstein“ heraus.

Der anfangs kleine Kreis von 5, 6 Personen wuchs im Laufe der Zeit auf 12 an und konnte durch die gezielte Anwerbung so unterschiedliche Kompetenzen in sich vereinen, dass immer jemand für zusätzliche und besondere Aufgaben zur Verfügung stand – wir waren eine tolle Truppe.

Die Suche nach Geldquellen ist leider immer noch nicht erfolgreich abgeschlossen. Obleich der LV der GEW in Schleswig-Holstein und die GGG – Bund wie einzelne Länder – uns im Rahmen ihrer Möglichkeiten großzügig unterstützt haben, klappt weiterhin eine große finanzielle Lücke. Das ist der Preis dafür, dass wir während der gesamten Entwicklungsarbeit nach der Devise „think big“ gehandelt haben. Probleme und Abstriche ergaben sich ohnehin.

Das Konzept

Schule muss sich verändern!

Darüber besteht breiter Konsens, seit die internationalen Vergleichsuntersuchungen, vor allem PISA I aus dem Jahr 2000 und PISA II aus dem Jahr 2003, für die deutschen Schulen katastrophale Ergebnisse erbracht haben:

- Die deutschen Schülerleistungen liegen nur im Mittelfeld der OECD.
- Es existiert eine ungewöhnlich große Streuung zwischen guten und schwachen Leistungen.
- Die besonderen Probleme liegen im unteren Leistungsbereich. Der Anteil derjenigen, die nur das unterste, elementare Kompetenzniveau erreichen oder sogar noch darunter bleiben – die sog. Risikogruppe –, ist in Deutschland größer als in vielen anderen OECD-Staaten.
- Deutschland hat die höchste Abhängigkeit des Schulerfolges vom Status der Eltern (Einkommen und soziale Schicht).
- Migrantenkinder erhalten nur eine besonders geringe Förderung.

Ziel des Bildungssystems muss es sein, so unsere Proklamation, allen Jugendlichen, unabhängig von sozialer und ethnischer Herkunft, eine so qualifizierte fachliche und persönliche Bildung zu ermöglichen, dass sie in der Lage sind, selbstbestimmt, kompetent und solidarisch am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Für alle muss die jeweils höchstmögliche fachliche Leistung, soziale Kompetenz und die Befähigung zur aktiven Teilhabe am demokratischen Gestaltungsprozess angestrebt werden.



Wie muss sich Schule verändern?

Die internationalen Vergleichsuntersuchungen zeigen einen deutlichen Zusammenhang zwischen Schulerfolg und einem Schulsystem, in dem alle Kinder mindestens bis zum 8. Jahrgang gemeinsam lernen können.

Wir müssen aber nicht ins Ausland schauen, um solche Modelle zu finden, sondern können im näheren Umfeld – z.B. in den Gesamtschulen, für unseren Arbeitszusammenhang in den Gesamtschulen in Schleswig-Holstein – Beispiele zeigen, wie das Ziel des längeren gemeinsamen Lernens und einer größtmöglichen Förderung jedes einzelnen Kindes und Jugendlichen zu erreichen ist.

Die Gruppe entschied sich dafür, das Thema „Schule verändern“ an sechs Schwerpunktthemen zu entfalten. Hier einige Zitate aus unseren Charts:

- Ganztagschule

„Wichtig für eine gute Ganztagschule ist die organisatorische Verzahnung aller Angebote.

Unterricht, Freizeitangebote, Entspannungs- und Bewegungsphasen, Übungs- und Vertiefungsphasen müssen sich

abwechseln und so gestaltet sein, dass sie den Bedürfnissen der jungen Menschen nach Lernen, Bewegung, Erholung und ihrem jeweiligen Entwicklungsstand entsprechen.“

- Förderung

„Eine heterogene Gruppe von Schülerinnen und Schüler erfordert nicht Auslese, sondern eine differenzierte individuelle Förderung jedes einzelnen Kindes: Der gemeinsame Unterricht erfordert eine Differenzierung der Lernziele für jedes Kind, eine Differenzierung der Lernzugänge, der Lernzeiten, der Sozialformen und der Unterrichtsmaterialien, eine Differenzierung in den Darstellungen der Arbeitsergebnisse und in den Bewertungen.“

- Integration

„Grundgesetz Art. 3 gebietet gleiche Bildungschancen für alle. Was läuft in Deutschland falsch?

Wir trennen die Kinder zu früh.

Wir nehmen Fehlzusweisungen in Kauf. Frühe Auslese schafft Chancenungleichheit und ist undemokratisch.

Die Durchlässigkeit funktioniert nicht.

Wir schöpfen die vorhandenen Begabungsreserven nicht aus.

Weltweit dominiert die gemeinsame Schule für alle.

Die Befürchtung, dass in einer gemischten Gruppe die Leistungsstarken zu kurz kommen, ist empirisch widerlegt. Kann die BRD es sich leisten, die Strukturdebatte nicht zu führen?“

- Kooperation

„Eine demokratische Gesellschaft lebt von der Mitbeteiligung ihrer Bürgerinnen und Bürger und deren Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen.

Für die Wirtschaft wird es immer wichtiger, dass ihr Personal teamfähig ist, dass es kooperieren kann, um gemeinsam an der Lösung von Problemen zu arbeiten.

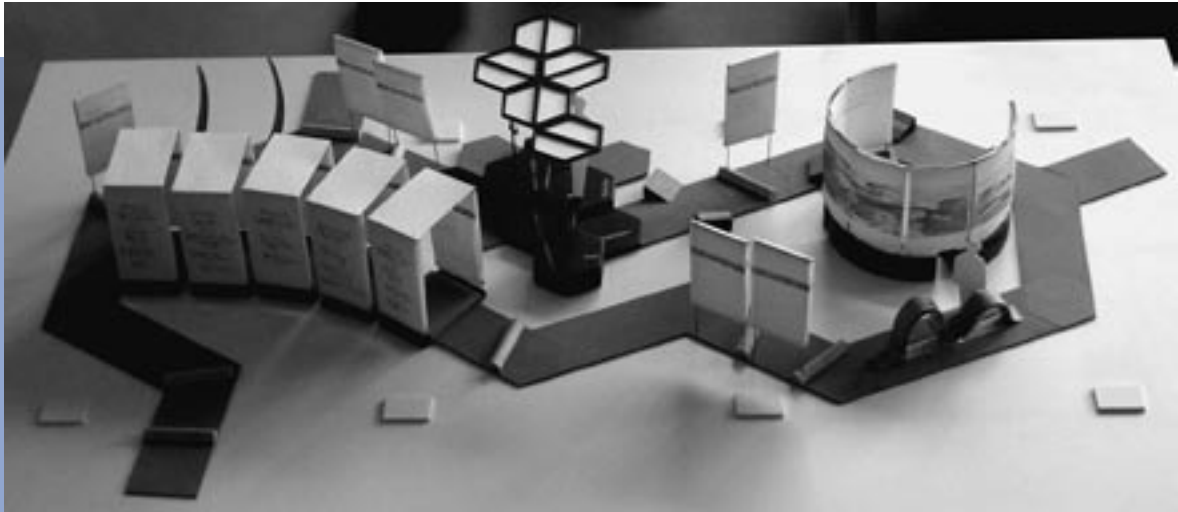
Die Gesamtschule hat sich von ihren Anfängen an als demokratische Schule verstanden. Mit ihren erfolgreichen Bemühungen um Kooperation, Teamarbeit, Mitbeteiligung und Übernahme von Verantwortung – Kompetenzen, die heute so gefragt sind – hat sie hier eine Vorreiterrolle übernommen.“

- Leistung

„Gesamtschülerinnen und Gesamtschüler werden gefördert, so dass viele von ihnen Abschlüsse erreichen, die über ihre Grundschulempfehlungen hinaus reichen. Es gibt Hauptschulempfohlene, die einen



Gesamtschulausstellung



Modell der Ausstellung

Realschulabschluss oder das Abitur erreichen, Realschulempfohlene, die bis zur Fachhochschulreife oder bis zum Abitur die Gesamtschule besuchen. – Damit sind sie besser auf ihre Zukunft vorbereitet.“

- Lernende Schule (mit einem Auszug aus der Chart)

EIGENINITIATIVE ENTFALTEN
SCHULE VERÄNDERN GESTALTEN
LERNENDE SCHULE
SELBSTÄNDIGE SCHULE

„Lernende Schule – ein Widerspruch?

Der Begriff „Lernende Schule“ bezeichnet eine Schule, die nicht mehr nur andere lehrt, sondern selbst Lernende ist. Er umschreibt schlagwortartig die geänderten Anforderungen an die Schule in einer sich wandelnden Gesellschaft. Dieses Selbstverständnis von Schule erscheint auf den ersten Blick ungewohnt: Schüler und Schülerinnen sollen lernen, weshalb auch die Schule?“

Jedes Thema wird einerseits grundsätzlich erörtert und andererseits mit Beispielen aus den Gesamtschulen in Schleswig-Holstein belegt. Zusätzlich wurde eine Chart zur Einführung gestaltet, um den Besucherinnen und Besuchern einen Überblick zu geben.

Zusammenarbeit mit der Muthesius Kunsthochschule

Wir wollten eine professionelle Ausstellung präsentieren und haben deshalb

erfolgreich mit der Muthesius Kunsthochschule in Kiel zusammengearbeitet. Dazu schreibt der Dozent Burkhard Heß:

„Im SS 2004 haben sich 12 Industriedesign-Studenten der Muthesius Kunsthochschule im Rahmen ihres Grundstudiums intensiv mit dem Medium Ausstellung auseinandergesetzt. ... Zu entwerfen waren Ausstellungselemente für die unterschiedlichsten Aufstellungsorte in Schleswig-Holstein, also z.B. Rathäuser oder Büchereien. Der Entwurf musste sich den verschiedensten Grundrissituationen anpassen können. Die Elemente sollten sich gut transportieren lassen und der Aufbau und Abbau einfach und leicht verständlich sein. Dass die Ausstellungsmodule zusätzlich über eine eigene Beleuchtung verfügen sollten, stellte eine weitere Herausforderung dar.“

Monate später war die Entscheidung unter den sechs Entwürfen gefallen. Das von der Hochschule prämierte Design wurde auch der Favorit in der Arbeitsgruppe.

Von der Hochschule kamen auch die beiden Layouter, die unsere Texte präsentabel gemacht haben, sowie die Empfehlung für einen Messebauer aus dem Hamburger Rand. In deren Werkstatt wurde das Design – aus Gründen der Kostenersparnis – unter maßgeblicher Mitarbeit, d.h. schwerer handwerklicher Tätigkeiten zweier Gruppenmitglieder umgesetzt. Und schließlich haben wir eine Photowerkstatt

in Eckernförde beauftragt, für eine aktuelle und thematisch pointierte Bebilderung zu sorgen.

Eröffnungen

Von vornherein wurden 5 zentrale Veranstaltungen in öffentlichen – nicht schulischen – Räumen mit jeweils einer Eröffnungsfeier mit bundesweiter Prominenz geplant.

Die erste Eröffnung unserer Wanderausstellung fand am 07. März 2005 in Kiel statt, und zwar in Kiels meistbesuchter Einkaufszeile im Sophienhof. Mit ca. 150 Gästen war die Veranstaltung sehr gut besucht und fand einhellig große Resonanz bis helle Begeisterung. In ihrem Grußwort sagte Ingrid Wenzler:

„Ich freue mich sehr, die Wanderausstellung „Schule verändern. Beispiele aus Gesamtschulen in Schleswig-Holstein“ mit eröffnen zu dürfen. Sie ist das Resultat großer Überzeugung, intensiver Kooperation und einer kongenialen künstlerischen Umsetzung, zu der ich die Studierenden der Muthesius Kunsthochschule beglückwünschen möchte. Allen Beteiligten gratuliere ich herzlich zu diesem Ergebnis und wünsche der Ausstellung viel Erfolg.“

Die Vertreterin des Bildungsministeriums und Abteilungsleiterin für Gymnasien und Gesamtschulen führte in ihrem Beitrag aus:

„... ein bundesweit beachtenswertes Projekt vorgestellt werden kann, in dem Bildungsexperten – und dazu zähle ich v.a. auch diejenigen, die Schule von innen aktiv gestalten – ihre Konzeption von Schule an erfolgreichen Beispielen präsentieren. Gelungener Schulalltag wird hier gegen Schulunlust gestellt, Ideen gegen Resignation, und so gibt die Präsentation Anstöße für die Weiterentwicklung von Schule. ... Hier wird aufgezeigt,

- dass mit Methodenvielfalt, kreativen Entwürfen und der Bereitschaft, sich einzubringen und Schule neu zu denken, erfolgreich gute Schule gemacht werden kann, und
- dass sich Schule im gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang nicht reaktiv verhalten darf, sondern sich selbst in die Diskussion einbringen, ihre Arbeit dokumentieren, Position beziehen muss, dass sie sich öffnet und als wichtiges gestaltendes Element ihre Verantwortung in unserer Gesellschaft wahrnimmt.“

Das Hauptreferat hielt der Geschäftsführer der Handwerkskammer Region Stuttgart, Claus Munkwitz, um seine Position

einer gemeinsamen neunjährigen Schule für alle vorzustellen. Als Referenten für die folgenden Eröffnungen konnten wir u.a. Eva Rühmkorf, die frühere Kultusministerin in Schleswig-Holstein, gewinnen, die ehemalige Synodalpräsidentin der Nordelbischen Kirche, Elisabeth Lingner, und den Vorsitzenden des Bundeselternrates, Wilfried Steinert. Wir wollten damit unsere Forderung von möglichst unterschiedlichen Sichtweisen her bekräftigen lassen.

Eine Woche lang war die Ausstellung in Kiel zu sehen. Mitglieder der Arbeitsgruppe sowie Lehrkräfte und Eltern aus der IGF Kiel-Friedrichsort und der Toni-Jensen-Gesamtschule haben sie täglich von 9 – 19 h betreut. Schätzungsweise 500 Personen sind mit der Ausstellung in Berührung gekommen, haben uns ermutigt, gelobt oder, wenn auch selten, beschimpft. Diese Intensität des Ausstellungsbesuchs wird wegen der offenen Ausstellungsfläche auf Kiel beschränkt bleiben.

Weitere Orte für die Wanderausstellung sind Lübeck, Neumünster, Rendsburg und Flensburg. Ferner liegen Anfragen

aus Husum sowie den Kreisen Pinneberg, Stormarn und Lauenburg vor. Wahrscheinlich werden wir die Ausstellung auch noch an andere Landesverbände ausleihen, z.B. hat Hamburg angefragt. Wir sind für weitere Interessenten aufgeschlossen.

Geplant ist ihre Präsentation auf jeden Fall für den Gesamtschulkongress im September in Kleinmachnow.

Der Katalog

Da niemand die Fülle der Themen und Ideen während eines Besuches aufnehmen kann, war von Anfang an geplant, einen Katalog zur Ausstellung zu präsentieren. Außer der Wiedergabe der inhaltlichen Charts enthält der Band die Steckbriefe aller schleswig-holsteinischen Gesamtschulen.

Der Katalog wird für 5 Euro verkauft, und jedes Exemplar hilft uns bei der Schuldentilgung. Wer uns auf diese Weise unterstützen möchte, kann den Katalog bei unserem Landesvorsitzenden der GGG bestellen: Dieter Zielinski, Langeskovweg 11, 24147 Klausdorf / Schwentine (Email: Diet_Ziel@t-online.de). ♦



Ausstellungseröffnung am 7. März 2005 in Kiel



Am GGG-Stand auf der Didakta in Stuttgart

von Fritz Schmid

Für die GGG in der gesamtschulischen Extremdiaspora werben? Ist das nicht ein frustversprechendes Vorhaben? Mich hat es gelockt, als bildungspolitischer Emigrant, der 1970 beim Aufbruch der Gesamtschulen nach Nordrheinwestfalen ausgewandert ist, in meiner alten Heimat mit Menschen über die Gesamtschule zu sprechen. Die Lage des GGG Standes in der Messe schien mir einen langweiligen Tag zu bedeuten. Aber es kam anders.

Mein erster Gesprächspartner war ein Ingenieur, der eine Druckerei vertrat. Eigentlich wollte er mich werben. Schnell kamen wir aber zu seinen Sorgen über Schule und Schulpolitik in Deutschland. „Es tut sich ja nichts,“ beklagte er die Misere deutscher Bildungspolitik. Vernachlässigung der Naturwissenschaften zugunsten von Fremdsprachen und mangelnde Ausstattung von Schulen waren seine Punkte. Dass an Gesamtschulen alternativ Naturwissenschaften statt der zweiten Fremdsprache gewählt werden können, fand er gut.

Wie kommt man mit Menschen über Gesamtschule ins Gespräch? Ich entdeckte zwei Möglichkeiten für mich: Das Traxlerplakat zur „gerechten Auslese“, auf dem der arme Elefant und der Goldfisch auf den Baum klettern und sich dabei mit dem Affen messen sollen, brachte alle die draufschauten und schmunzelten dazu kurz stehen zu bleiben. Der Hinweis, dass das Plakat eine bildungspolitische Aussage beinhaltet, war oft der Anfang eines längeren Gesprächs, bei dem kein Gesprächspartner die Fragwürdigkeit des dreigliedrigen Schulsystems bestritten hätte.

Oft fragte ich aber nur, ob ich meinen Gegenüber (was ist die weibliche Form?) in ein Gespräch über Schule verwickeln solle.

Die Antwort war immer nein, aber das Gespräch dauerte dann trotzdem mindestens zehn Minuten. Vor allem die Sorgen mit den eigenen Kindern in der Schule war es, was die Besucher mit mir sprechen ließ. Und hier waren es in erster Linie die Mütter! Aber auch Kolleginnen von Grundschulen und Kindergärtnerinnen (hier nur die weiblichen Formen) waren besorgt über das herrschende Schulsystem und die herrschende Schulpolitik.

Da war die Mutter, deren eine Tochter das Gymnasium schaffte und die andere im 7. Schuljahr in eine Krise schlitterte, die sie an die Realschule brachte. Später hat sie sich wieder gefangen. Aber für's Abitur war es zu spät. „Wäre da nicht mehr drin gewesen?“ fragte ich: „Doch!“ „Sehen sie, das machen wir an der Gesamtschule anders.“ „Schade, dass es das bei uns nicht gibt.“

Eine Gesprächspartnerin war eine Mutter von sechs Kindern. Sie hat Kontakte zu Finnland und ist ganz begeistert von den dortigen Schulen. Inzwischen organisiert sie Reisen mit Müttern nach Finnland. Von der Klassenlehrerin eines ihrer Kinder am Gymnasium wurde sie wegen der sechs Kinder schon für asozial gehalten. Mit zweifelndem Blick wurde ihr bedeutet, dass sie ja wohl nicht in der Lage sei ihren Kindern zu helfen. (Was macht eigentlich die Schule?) Sie hat in ihrem kleinen Ort mit anderen Müttern zusammen einen Ganztagskindergarten erkämpft. Der Pfarrer des Ortes versuchte es zu verhindern. Aber den Müttern gelang es gemeinsam sich durchzusetzen. Jetzt geht es um eine Ganztagsgrundschule. Wir wünschen viel Kraft und Glück!

Mütter bedauern, dass ihre verschiedenen Kinder nicht an die gleiche Schule gehen können, sie finden, dass ihr 10-jähriger noch zu verspielt sei und somit nicht ans Gymnasium könne, (und wie ist es dann

in zwei Jahren?) sie klagten über arrogante LehrerInnen, die ihnen bedeuten, dass es für's Gymnasium nun mal nicht reiche, dass ihr Junge nicht abstrakt genug denken könne u.s.w. u.s.w.!

G8, das Abitur nach acht Jahren Gymnasium, Auslesedruck schon in der Grundschule, Englisch ab dem 1. Schuljahr, die zweite Fremdsprache ab dem 5. Schuljahr, zentrale Prüfungen. Große Beklemmung und Angst vor dem Versagen der Kinder herrscht vor. Es besteht eine große Verunsicherung und der einhellige Wunsch, den Kindern mehr Zeit zu geben und ihnen Luft zum Leben zu lassen! Keiner meiner vielleicht 20 Gesprächspartnerinnen und Partner fand es richtig, die Kinder nach dem vierten Schuljahr in verschiedene Schulen zu schicken. Aber, „was soll man machen? Bei uns wird sich do nix ändra!“

Die deutsche Antwort auf PISA ist die Erhöhung des Drucks, die Zementierung des dreigliedrigen Schulsystems und nicht die Suche nach Offenheit und Förderung offensichtlich benachteiligter Kinder.

Ich denke unter deutschen Mütter (und Vätern) gäbe es, wenn sie sich nur trauen könnten, eine große Mehrheit für eine Gemeinschaftsschule nach skandinavischem Vorbild. Aber die Bildungsideologen des dreigliedrigen Schulwesens haben in den Parlamenten und in den Bildungsbürokratien die Mehrheit und die Macht. Sie haben es geschafft, dass die Eltern in diesem Land verinnerlicht haben, dass es immer das Versagen ihrer Kinder ist, wenn sie es „nicht schaffen“. „Schulformen“ sind in Deutschland etwas fast Gottgegebenes. Die Kinder haben sich der Schule anzupassen und nicht die Schule hat sich auf die verschiedenartigen Kinder einzustellen und ihnen gerecht zu werden. Würde das nicht eigentliche pädagogische Professionalität bedeuten? Kritik von Eltern an Schule wird nur belächelt und zeigt, dass es ihr Kind „eben nicht bringt“.

Mütter und Väter dieses Landes, lasst Euch das nicht gefallen!

Für mich war der Tag auf der Didakta in Stuttgart am GGG-Stand ein spannender Tag. ♦

Gesamtschulen weiter entwickeln Pflicht zur äußeren Differenzierung aufheben

Heft 56 der Blauen Reihe der GGG erschienen

von Ingrid Wenzler

Seit 2003 engagiert sich die GGG für die Änderung der KMK-Bestimmungen, nach denen die äußere Differenzierung an Gesamtschulen bundesweit immer noch vorgeschriebene Pflicht ist. In diesem Zusammenhang hat sie einen Materialienband voller Anregungen, Praxisbeispielen, Tipps erstellt, der sowohl den Gesamtschulen als auch der Bildungspolitik Wege in eine Gesamtschulstruktur ohne verpflichtende äußere Differenzierung weisen kann. Es geht einerseits darum, Gesamtschulen anzuregen und zu ermutigen, sich mit der Möglichkeit geringerer äußerer Fachleistungsdifferenzierung zu beschäftigen. Und es geht andererseits darum, der Bildungspolitik deutlich zu machen: Die Verbesserung der Schulleistungen der Schüler und Schülerinnen geht nicht, wenn die Organisation der Lernwege voller Hürden und Barrieren

bleibt, wenn die Schulen nicht selbst darüber entscheiden können, in welcher Organisationsform die besten Lernresultate erzielt werden können. Deshalb stehen im Mittelpunkt des Heftes die anschaulichen *Erfahrungsberichte von 6 Gesamtschulen* aus verschiedenen Bundesländern. Sie arbeiten unterschiedlich lange, unterschiedlich umfangreich ohne die äußere Trennung der Lerngruppen, mit „klasseninterner Differenzierung.“ Sie unterliegen den Bedingungen der KMK-Vorschriften und der jeweiligen Landesausbildungsordnungen. Insofern sind sie normale Regelgesamtschulen. Sie beschreiben ihre Erfahrungen, ihre Schwierigkeiten und zeigen deutlich auf: Es geht, und es kann die ganze Schule in einen guten Prozess der pädagogischen Qualitätsentwicklung bringen, der auf andere Bereiche der Schule ausstrahlt. Es sind hervorragende Beispiele, die den Sinn der jetzigen Differenzierungsbestimmungen überzeugend widerlegen.



Die überwiegende Mehrzahl der heute an Gesamtschulen arbeitenden und lernenden Menschen kennt nicht mehr die *Begründung und die Geschichte der Fachleistungsdifferenzierung*. Sie schien so unauflöslich mit Gesamtschule verbunden, dass erst wieder die bildungspolitische Diskussion nach PISA sichtbar machte: Äußere Leistungsdifferenzierung ist weder selbstverständlich noch ist es ein Beitrag zur Qualitätsentwicklung des Lernens. Es ist auch *kein Wesensmerkmal von Gesamtschule*, sondern ihr im Wege des politischen Kompromisses seit 1982

Beitrittserklärung in die GGG

Ich/wir treten der Gemeinnützigen Gesellschaft Gesamtschule e.V. – Gesamtschulverband bei als

- Schüler/in, Auszubildende/r, Arbeitslose/r (€ 10,-)
 Einzelmitglied mit reduziertem Beitrag (€ 35,-)
 Einzelmitglied (€ 70,-)
 Korporatives Mitglied (€ 120,-)

Name: _____ Geburtsdatum: _____

Beruf, Funktion: _____ Bundesland: _____

Adresse, Telefon, Email: _____

Datum, Unterschrift: _____

Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige ich die GGG widerruflich, die von mir zu entrichtenden Beiträge für die GGG von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen.

Name, Vorname: _____

Bank: _____ BLZ: _____ Kontonr.: _____

Datum, Unterschrift: _____

**GGG e.V. –
Gesamtschulverband
Postfach 1307
26583 Aurich**

aufgenötigt. Im Gegenteil: Der Verzicht auf die formale Zuweisung zu unterschiedlichen Lernniveaus, die zu unterschiedlichen Abschlüssen führen, bringt in den skandinavischen Ländern Ergebnisse, die eindeutig beweisen: verpflichtende äußere Differenzierung ist eher lernhinderlich als lernförderlich. Warum soll eine solche Struktur dann hier zu Lande nicht möglich sein? Wir können es jedenfalls nicht unwidersprochen hinnehmen, wenn Jugendliche an Schulen in Deutschland höhere Abschlüsse nur dann erreichen können, wenn sie von Schülern und Schülerinnen getrennt unterrichtet wurden, die langsamer oder mit mehr Mühe lernen. Wer dagegen in Schweden, Finnland usw. seine Schulzeit absolviert hat, dem wird sogar hier zu Lande das Lernen in einer Schule für alle ohne äußere Differenzierung anerkannt. Dahin soll sich auch das deutsche System entwickeln.

Das Ziel der GGG ist es daher nicht, im Rahmen der KMK-Vorschriften zu bleiben. Vielmehr geht es darum: Ohne Schaden für die bundesweite Anerkennung der an Gesamtschulen erworbenen Schulabschlüsse soll die einzelne Gesamtschule in der Schulkonferenz beschließen können, in welcher Lernorganisation die Schüler und Schülerinnen zu ihren best-

möglichen Abschlüssen geführt werden. Die selbstständige oder eigenverantwortliche Schule, die sich in ihrer Arbeit an den Standards orientieren muss, muss für sich entscheiden können, wie sie am besten die Lernfortschritte für alle Jugendlichen erreicht. Diese *große Lösung für die Gesamtschulen* strebt die GGG an. Vier Schulen werden beispielhaft vorgestellt, die nicht den KMK-Bedingungen unterliegen, sondern freier und sehr erfolgreich sind. Es sind dies die Gesamtschule Göttingen-Geismar, die Jenaplanschule in Jena, die Laborschule in Bielefeld und die Futurumschule aus Schweden.

Als Fortbildungsmaterial für alle Gesamtschulen geeignet

Ein letzter Teil gibt hilfreiche *Informationen zum Einstieg* sowie den Text der KMK-Vereinbarung. So ist dieses Heft im eigentlichen Sinn Fortbildungsmaterial für die Gesamtschulen. Die GGG hat alle Gesamtschulen per mail informiert und auch die Bezugsbedingungen mitgeteilt. Alle Interessierten aus Gesamtschulen, die korporative Mitglieder sind, können das Heft in der eigenen Schule einsehen und zum halben Preis erhalten: für € 4,- bei bis zu 10 Bestellungen und für € 3,- bei mehr als 10 Bestellungen. Ansonsten kostet das

Heft (112 Seiten) € 8,- plus Porto. Es ist also empfehlenswert, sich in der eigenen Schule zu informieren und weitere Interessierte für die Bestellung zu finden.

Die GGG wird die Schulen nach Kräften unterstützen, die sich für die vorgestellten Ideen interessieren. Mehrfach wurde auch schon der Wunsch nach regionalen Fachtagungen für interessierte Schulen vorgebracht. Der AK KMK der GGG sowie die Landesvorstände sind gerne dazu bereit. Daher sind Schulen oder interessierte Gruppen aufgerufen, ihre Interessen und Wünsche der GGG mitzuteilen, damit das Angebot der GGG passgenau den Wünschen aus den Gesamtschulen entspricht: geschaeftsstelle@ggg-bund.de

Die Strategie der Veränderung wird nicht in allen Bundesländern gleich sein können. Deshalb arbeitet der AK KMK weiter, mit drei Schwerpunkten:

- Unterstützung der Schulen nach deren Bedarf
- Aktivitäten im politischen Bereich mit dem Ziel der Aufhebung der Pflicht zur äußeren Differenzierung
- Länderbezogene Konkretisierung der Aktion.

Wer Interesse an der Mitarbeit hat, ist herzlich eingeladen. ♦

Anmeldung

zum **29. Gesamtschulkongress der GGG** vom 23.-25. September 2005 in der Maxim-Gorki-Gesamtschule in Kleinmachnow

Hiermit melde ich mich für den **29. Gesamtschulkongress der GGG** vom 23.-25. September 2005 in Kleinmachnow an.

Die Kongressgebühren betragen € 20,- (Nichtmitglieder € 50,-).

Schüler(innen), Student(inn)en und Erwerbslose bezahlen keinen Kongressbeitrag. Der Beitrag entfällt ebenfalls für Teilnehmer/innen, die anlässlich des Kongresses der GGG beitreten. Der Kongressbeitrag ist im Tagungsbüro zu entrichten.

Ich möchte an folgender Arbeitsgruppe teilnehmen: _____

Name: _____

Anschrift: _____

Datum/
Unterschrift: _____

Gesamtschultag der GEW und der GGG am 18./19 Februar 2005 in Bühl Kloster Neusatzeck

„Neue Konzepte an Baden-Württembergischen Gesamtschulen“

Auch wenn es die baden-württembergische Bildungspolitik nicht wahrhaben will: es gibt auch im Ländle noch Gesamtschulen: in Freiburg, Heidelberg und Mannheim mit rund 3.600 Schülern.

Diese Gesamtschulen stehen seit 1988 als „Schulen besonderer Art“ unter dem Zwang alle Bedingungen der Schularten des gegliederten Schulsystems zu erfüllen. Unter diesem Anpassungsdruck ist es den drei Gesamtschulen zwar nicht gelungen den Traum einer „Schule für alle“ zu verwirklichen, sie mussten sogar sehr viele ihrer Ziele aufgeben; trotzdem zeigen die hohen Anmeldezahlen, die die Aufnahmekapazität weit übersteigen, dass die Gesamtschulen durch ihre pädagogische Arbeit und durch die Abkehr von der zu frühen Selektion in der Bevölkerung große Anerkennung finden.

Um die Chancengleichheit, Integration und individuelle Förderung zu verbessern, versuchen die drei Gesamtschulen, alle ihnen noch verbliebenen alternativen Möglichkeiten auszuschöpfen:

Alle Schülerinnen und Schüler zumindest der Orientierungsstufe Kl. 5 und 6 werden gleichermaßen durch eine moderne pädagogische Konzeption so gefördert, dass sie im Rahmen ihrer Klasse möglichst individuell gut vorankommen

Es ist für diese drei Schulen sehr wichtig, dass sie sich zwar den Veränderungen der Bildungspolitik anpassen und doch den Integrations- und Förderungsgedanken durchhalten und verbessern. Wie auf den jährlichen Gesamtschultagen – veranstaltet durch die GEW Fachgruppe

Gesamtschule und den GGG-Gesamtschulverband – haben sich am 18./19. Febr. 2005 die drei Gesamtschulen ihre Konzepte gegenseitig vorgestellt, um Kenntnisse über die anderen Schulen zu erhalten, um von einander zu lernen und um an gemeinsamen Lösungen zu arbeiten.

Höhepunkte waren zwei Vorträge, die sich für die Einführung einer „Schule für alle“ einsetzten:

Claus Munkwitz von der Handwerkskammer Baden-Württemberg machte klar, dass die Misere der Berufsbildung, die erschreckend geringen Kenntnisse und Fähigkeiten der Schulabgänger und die Ungleichwertigkeit der Berufe die Aufhebung des kastenhaften, versäulten und unzeitgemäßen Systems von Schularten zugunsten einer neunjährigen Grundschule nötig machen.

Rainer Dahlem, Landesvorsitzender der GEW Baden-Württemberg, setzte sich für „Eine Schule für alle“ ein, rät hierbei zu einem langen politischen Atem. Die GEW wolle die bestehenden drei Gesamtschulen in ihrer Tätigkeit auch öffentlich unterstützen. Er strebe eine Schule an, in der die vier schwedischen Grundsätze verwirklicht werden:

1. Auf den Anfang kommt es an.
2. Jeder wird gebraucht.
3. Keiner wird beschämt.
4. Keiner bleibt zurück.

Nach der gemeinsamen Vorstellung und Diskussion der in den drei Gesamtschulen vorgenommenen Veränderungen verab-

schiedeten die Teilnehmer einstimmig folgende Resolution:

„Die versammelten Lehrerinnen und Lehrer, Eltern und Schülerinnen und Schüler sind der Meinung, dass das jetzige dreigliedrige Schulsystem, wie in den Pisa- und anderen Untersuchungen erschreckend deutlich wurde, gravierende, im System liegende Mängel hat.

Es ist ein Skandal,

- dass über ein Viertel der Schüler die Schule mit völlig ungenügender Qualifikation verlässt,
- dass der Schulerfolg so stark von der sozialen Situation der Eltern und weniger von den Fähigkeiten der Schüler abhängt,
- dass Kinder im Alter von 10 Jahren getrennt und in verschiedene Schularten sortiert werden,
- dass ein ganzes System sich vorrangig mit Benoten, Einteilen, Wiederhollassen und Umstufen befasst, statt sich verstärkt der Förderung aller Kinder und Jugendliche zu widmen.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Gesamtschultages fordern deshalb alle bildungspolitischen Gruppen und alle Parteien in Baden-Württemberg auf, eine offene und öffentliche Diskussion darüber zu führen, wie die gravierendsten bildungspolitischen Probleme langfristig gelöst werden können. Bei dieser Diskussion muss auch ohne Vorbehalte die Veränderung des gegliederten Schulsystems in Richtung „Eine Schule für alle“ zur Debatte stehen.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Gesamtschultages fordern die Landesregierung auf, die Ergebnisse der Pisa- und anderer Untersuchungen ernst zu nehmen, zur Lösung der sichtbar gewordenen Probleme konstruktiv beizutragen und hierbei die bisherige negative Haltung gegenüber der „Idee einer Schule für alle“ zu überwinden, damit eine zukunftsorientierte öffentliche Debatte entstehen kann.“

Am zweiten Tag stellten die einzelnen Schulen neue Schwerpunkte ihrer pädagogischen Konzeption vor.

1. Staudinger-Gesamtschule Freiburg

In den letzten Jahren hat sich die Schulgemeinde in einem Prozess der inneren Schulentwicklung intensiv mit der Weiterentwicklung ihres Konzepts befasst.

Das Leitbild für das Verhalten aller am Schulleben Beteiligten konkretisiert sich in den Leitziele: integrativ, partnerschaftlich und selbstverantwortlich.

Als besondere Kennzeichen, die der ständigen Evaluierung und Weiterentwicklung bedürfen, sind:

Offenhalten der Schullaufbahn, Ganztageschule, Schulsozialarbeit, schularübergreifender Unterricht, Sportprofil, Partnerschule des Olympia-Stützpunktes, Sozial- und Methodentraining, individuelle Förderung, Werkstattunterricht, Informationstechnik- und Multimedia-Ausbildung, Berufsvorbereitung, umweltfreundliche Schule.

Hieraus ergeben sich für die Schülerinnen und Schüler sechs Angebotsbereiche: sich qualifizieren in fachlichen Schwerpunkten – sich qualifizieren in Arbeitsgemeinschaften – sich engagieren in der Gemeinschaft – für sich und andere organisieren – sich vorbereiten auf das Berufsleben – die unterrichtsfreie Zeit gestalten und sich erholen.

Aufgrund der Veränderungen im Schulwesen hat sich die Schulgemeinde entschlossen, das Offenhalten der Schullaufbahn vom Ende der Klasse 8 auf das Ende der Klasse 6 zu verkürzen, das Abitur nach 8 Jahren einzuführen und Französisch in Kl. 5/6 für alle Schülerinnen und Schüler anzubieten.

2. Internationale Gesamtschule Heidelberg – Friedens- und Öko-Audit Schule

Die IGH hat in diesem Schuljahr eine Neugestaltung des Ganztagesbereichs probeweise für ein Schuljahr gestartet. Die Gründe dafür waren:

- späterer Beginn: lernpsychologisch sinnvoll

- verlässliches Ganztageskonzept
- ruhiger Rhythmus des Unterrichtstages
- unterstützt offene Unterrichtsformen
- Erfahrungen aus anderen Ganztageschulen
- Expertenmeinungen (Pisa-Studie)
- positive Einstellung zur Schule

Die Grundzüge des Konzeptes:

1. Stunde

Als Ganztagschule ist die IGH für die Schülerinnen und Schüler ab 7:30 Uhr geöffnet. Von 7:45 bis 8:30 Uhr, in der 1. Stunde, können sich die Kinder im „offenen Anfang“ in der Schule treffen, Aufgaben erledigen, spielen, eine AG besuchen oder einfach nur „ankommen“ und sich unterhalten. Folgende AGs könnten in der 1. Stunde stattfinden: Schüler helfen Schülern, Pflege der Pflanzen im Schulhaus, Zeitung lesen, Bekanntgabe der täglichen Schulleistungen, Bioschaukasten, Schwimmen, gemeinsames Frühstück, Fitnessstraining, Mädchenzimmer.

2. bis 6. Stunde

Bis 12:40 Uhr liegen fünf Unterrichtsstunden, die in einem 2er, bzw. 3er Block stattfinden können. Zwischen der 2. und der 3. Stunde liegt eine 20-minütige Frühstückspause. Wir lassen die Kinder und Jugendlichen selbst entscheiden, wo und wie sie ihre Pausen verbringen möchten.

Wahlpflichtbereich Klassenstufe 7/8

In der Klassenstufe 7/8 erweitert sich der Stundenplan um einen Wahlpflichtbereich, der an einem Tag in der Woche nachmittags stattfindet.

Nach einer einstündigen Mittagspause (12:40-13:40 Uhr) mit Gelegenheit zum Mittagessen und den Angeboten in den Betreuungs-AG's folgen noch einmal drei Unterrichtsstunden bis 16:00 Uhr.

Im weiteren Verlauf wurde die Arbeit der Orientierungsstufe vorgestellt.

Zunächst werden die Schülerinnen und Schüler in der Orientierungsstufe in allen Fächern in leistungsheterogenen Gruppen nach den Bildungsplänen der Realschule unterrichtet. Pflicht-Fremdsprache ist Englisch. Technikunterricht sowie eine

Einführung in naturwissenschaftliche Phänomene erhalten alle SchülerInnen. Mit Beginn des zweiten Halbjahres der Klasse 5 erfolgt in den Fächern Englisch und Mathematik eine Leistungsdifferenzierung in zwei Niveaus (Grundkurs = G-Kurs und Erweiterungskurs = E-Kurs).

Die Klassenkonferenz unter Vorsitz des Abteilungsleiters beschließt aufgrund der Notengebung der Fachlehrerin / des Fachlehrers, welchem Niveau, G- bzw. E-Kurs, der Schüler / die Schülerin zugeordnet wird. Jeweils zum Halbjahr kann die Zuweisung aufgrund besserer oder schlechterer Leistung durch die Klassenkonferenz korrigiert werden.

Um die notwendigen Grund- und Erweiterungskurse bilden zu können, werden drei bzw. vier Klassen zu einem „Band“ zusammengefasst. Eines der beiden Bänder pro Jahrgang ist das „Freiarbeitsband“. In den Klassen dieses Bandes lernen die Kinder stärker den eigenverantwortlichen Umgang mit ihren Aufgaben und Übungen.

Mit Beginn der Klasse 6 wird auch im Fach Deutsch in einer Unterrichtsstunde pro Woche eine Differenzierung vorgenommen, wobei der Unterricht von derselben Lehrkraft erteilt wird.

Die Zuweisung zu den schulartbezogenen Niveaugruppen der Mittelstufe (Hauptschul-, Realschul- und Gymnasialzug) erfolgt durch die Klassenkonferenz am Ende der Klasse 6.

3. Integrierte Gesamtschule Mannheim-Herzogenried

Im letzten Schuljahr hat die IGMH neben der Erstellung eines Leitbildes und der Auseinandersetzung mit dem neuen Bildungsplan vor allem zwei Großprojekte verfolgt und erprobt: das Modell der Jahrgangsstufenleiter sowie das Schülerhandbuch.

Das Schülerhandbuch dient als Kommunikationsmittel zwischen Schülern, Eltern und Lehrern. Die Schüler tragen dort neben ihren Hausaufgaben persönliche Ver-

abredungen, Telefonnummern oder z.B. wichtige Internetadressen ein. Sie finden Nützliches aus den Fachbereichen wie z.B. die wichtigsten Redewendungen für die englische und französische Sprache, Landkarten, eine Liste der großen Feste des Judentums, der Christen und des Islams, aber auch mathematische Formeln oder Hinweise zur deutschen Rechtschreibung, um nur einiges zu nennen. Ein Grußwort des Schulleiters, die Vorstellung des Schulleitungsteams, der Sozialpädagogen und der Lehrer in sämtlichen Funktionen, sowie mehrere Seiten für zusätzliche Belobigungen als auch die Hausordnung kennzeichnen den besonderen individuellen Zuschnitt des Schülerhandbuches auf die IGMH. Auch die Eltern machen regen Gebrauch von diesem Buch, sei es nur um sich flächendeckend über die Hausaufgaben zu informieren oder um eine kurze

Terminabsprache mit dem Fach- oder Klassenlehrer zu treffen. Es gibt auf jeder Wochenseite eine extra ausgewiesene Stelle für diesen kurzen Weg der Kommunikation. Das Schülerhandbuch erfährt bei allen am Schulleben Beteiligten eine hohe Akzeptanz.

Das neue Modell der Jahrgangsstufenleiter – genau wie das Schülerhandbuch gewachsen aus dem Vorbild der englischen Partnerstadt Swansea – basiert auf der Idee, dass die einzelnen Klassenstufen der IGMH schulartenabhängig Betreuung in den verschiedensten Bereichen erfahren. Zwei Jahrgangsstufenleiter kümmern sich jeweils um eine Klassenstufe und betreuen die Schüler vom Beginn der fünften Klasse bis zu ihrem jeweiligen Schulabschluss an der IGMH. Sie sorgen für das Kennenlernen und gemeinschaftliche

Zusammenwachsen einer Jahrgangsstufe z.B. durch gemeinsame Aktivitäten, Zusammenkünfte oder Feste genauso wie für die lückenlose Weitergabe von wichtigen Informationen im Falle eines Klassenlehrerwechsels. Vor allem der Übergang von Klasse 7 nach 8, der an der IGMH das Ende der Orientierungsstufe und somit die Zuweisung in eine Schulart bedeutet, bleibt der Jahrgangsstufenleiter das Bindeglied, welches dem Schüler Orientierung und Kontinuität ermöglicht. Weiterhin kümmern sie die Jahrgangsstufenleiter um besonders verhaltensauffällige Schüler, immer in Absprache mit dem Klassenlehrer, der in seiner Rolle keinesfalls an Wichtigkeit verloren hat.

*Rolf Wiehe
Helmut Jung*

Brandenburg

Einführung der Oberschule gescheitert?

Das Anmeldeverfahren im Land Brandenburg zum Übergang in die Sekundarstufe I, ab Klasse 7 zum Schuljahr 2005/06, ist vorbei und die Auswertung der Erstwünsche liegt vor.

Im Landesdurchschnitt ergeben sich folgende Anmeldungen:
Oberschulen: 40,6 % (5.682 Schüler), Gesamtschulen mit gymnasialer Oberstufe: 17,2 % (2.402 Schüler), Gymnasien: 42,2 % (5.913 Schüler).

Zu bemerken ist, dass die Gesamtschulen ohne gymnasiale Oberstufe und die Realschulen per Gesetz ab Schuljahr 2005/06 in Oberschulen überführt werden. Die Gesamtschulen mit gymnasialer Oberstufe „dürfen“ so lange bestehen bleiben, wie sie genügend Anmeldungen für den Übergang in die gymnasiale Oberstufe haben. Ansonsten werden sie ebenfalls in Oberschulen überführt. Diesen Sachverhalt hat die Presse im Land auch stets sehr deutlich gemacht und damit bei einem Teil der Eltern Unsicherheiten hervorgerufen. und

haben ihr Kind, obwohl es nicht die Empfehlung dafür hatte, an einem Gymnasium angemeldet.

Dieses erschien ihnen auf jeden Fall sicher! Nach Aussagen von Herrn Bildungsminister Rupprecht wird damit die Oberschule gegen manche Befürchtungen angenommen!

Im Schulamtsbereich Brandenburg sank die Schülerzahl um 18 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Bei dem Wahlverhalten der Eltern bedeutet es, dass an 21 Schulen (darunter 3 Gymnasien) keine 7. Klassen eingerichtet werden. An einigen Schulen geschieht das bereits im zweiten Jahr in Folge, was aufgrund der weiter rückläufigen Schülerzahlen eine Auflösung befürchten lässt.

Im Schulamtsbereich Cottbus ist eine dramatische Situation zu verzeichnen: In den nächsten vier Jahren müssen durch sinkende Schülerzahlen ca. 1000 Lehrer in andere Schulamtsbereiche versetzt werden. Vorrangig in den sogenannten „Speckgürtel“ von Berlin, da der Schülerrückgang dort nicht so dramatisch ist, und weil voraussichtlich ab 2008 in der Sekundarstufe I wieder ein Anstieg zu erwarten ist.

Christine Feuerstake

Bayern

Nachdem während der Abschlussveranstaltung des Bayerischen SchülerInnen-symposiums am 13. März in Nürnberg 780 SchülerInnen lautstark „Eine Schule für alle“ forderten (mehr Informationen: www.basis05.de), war es am Freitag, 29. April, auch für die bayernweite Initiative – initiiert von der LandesschülerInnenvertretung und mitgetragen von dem Bayerischen Elternverband und der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft – so weit. Auf einer Pressekonferenz in München stellten VertreterInnen der Organisationen ihre Vorstellungen an „Eine Schule für alle“ der Öffentlichkeit vor.

Die erwartbaren Reaktionen kamen prompt: ein Statement des Philologenverbandsvorsitzenden Max Schmidt, der die Forderungen als „naiv und ignorant“ zurückwies und eine Pressemitteilung vom neuen Kultusminister Siegfried Schneider, der keinen Grund sähe, vom Erfolgsmodell des gegliederten Schulsystems abzugehen und den politischen Fokus auf den Ausbau der individuellen Förderung an den einzelnen Schularten, die Stärkung

der Selbstverantwortung der Schulen und der Sicherung der Durchlässigkeit des Schulsystems legen werde.

Wie dem auch sei: die Initiative von SchülerInnen, Eltern und LehrerInnen lässt sich ihr Thema nicht madig machen. In den nächsten Monaten werden Unterschriften dafür gesammelt, in ganz Bayern Veranstaltungen zur Bekanntmachung der „Einen Schule für alle“ durchgeführt und schließlich im März 2006 ein großer Kongress in Nürnberg organisiert.

Um noch mal auf den neuen Kultusminister, Hohlmeier-Nachfolger Siegfried Schneider, zurück zu kommen: Auch wenn die Rhetorik des früheren bildungspolitischen Sprechers der CSU-Fraktion in seiner Pressemitteilung kaum von der seiner Vorgängerin zu unterscheiden ist, scheint Schneider trotzdem ein kleiner Hoffnungsschimmer für progressive bildungspolitische Kräfte im Freistaat zu sein: Hatte er doch als Abgeordneter schon eine Initiative zur Verlängerung der Grundschulzeit mitgetragen.

Vincent Steinl

Bremen

Der Landesverband Bremen hat einen neuen – alten Vorstand gewählt: Wolfgang Vogel und Sabine Lucas als Vorsitzende, Hans Schöne als Kassierer und Kalle Koke als Beisitzer für inhaltliche und organisatorische Aufgaben. Die Position des Schriftführers konnte nicht wieder besetzt werden.

Die Versammlung war sich einig, dass die Umwandlung von additiven Schulzentren in integrierte Gesamtschulen – oder wie man in Bremen offiziell etwas schamhaft sagt „Integrierte Stadtteilschulen“ – von der GGG und den bestehenden Gesamtschulen unterstützt wird. Hierbei ist die Zusammenarbeit mit der GEW hervorzuheben. Im März fand ein von der GEW organisierter Fortbildungstag statt, bei dem u.a. GGG-Kolleginnen und -Kollegen ihre Erfahrungen bei den Themen Binnendifferenzierung, Ganztagsbetrieb,

Lernbeurteilungen, Wahlpflichtkurse und Projektarbeit eingebracht haben.

Nach den Gesamtschultagen der vergangenen Jahre, in denen Schüler der landbremischen Gesamtschulen miteinander gearbeitet haben, und dem Norddeutsche Kongress im letzten Herbst lädt die GGG für Ende Mai zu einem Arbeitskreis ein, der sich mit der Organisation und dem Aufbau neuer Gesamtschulen bzw. neuer Integrierter Stadtteilschulen befasst.

Karl-Heinz Koke, Wolfgang Vogel

Hamburg

Anmeldungen Schuljahr 2005/2006

In der Woche vom 28.02. bis 04.03. konnten die Eltern die Viertklässler für die weiterführenden Schulen anmelden. Die Gesamtschulen haben auch in diesem Jahr wieder mehr Anmeldungen als im Vorjahr erhalten; fast 35 % aller Eltern entschieden sich für eine Gesamtschule. Dieses Ergebnis ist um so bemerkenswerter, da in den vergangenen Jahren die Bedarfsgrundlagen der Gesamtschulen wesentlich stärker reduziert worden sind als die aller anderen Schulformen. Für die Gymnasien wurden 46,6 % der Viertklässler angemeldet, während die Haupt- und Realschulen, die der derzeitige Senat besonders fördert, nicht einmal 19 % erreichten.

Da die Nachfrage nach den Haupt- und Realschulen von Jahr zu Jahr sinkt, die nach Gesamtschulen und Gymnasien aber steigt, bewegt sich das Schulwesen in Hamburg auf ein zweigliedriges System zu. Das will nach den bisherigen Verlautbarungen keine der politischen Parteien, aber – mit Ausnahme der GAL – will sich auch keine Partei der überfälligen Strukturdebatte stellen. Der Senat hat einen Schulentwicklungsplan für die Jahre bis 2015 vorgelegt, der dieser Frage ausweicht und lediglich für die einzelnen Schulformen Mindestzügigkeiten festlegt, um aus Kostengründen die Anzahl der Schulen reduzieren zu können. Diese Mindestzügigkeiten sollen im Schulgesetz

verankert werden: Haupt- und Realschulen zwei- bis dreizügig, Gymnasien dreizügig, Gesamtschulen drei- bis vierzügig.

Nach der diesjährigen Anmeldeperiode erreichen zwar ca. 90 % der Gesamtschulen die geforderte Zügigkeit, aber nicht einmal die Hälfte der Haupt- und Realschulen und nur drei Viertel der Gymnasien. Man darf gespannt sein, wie die Schulbehörde bei der Organisation des Schuljahres 2005/2006 mit ihren Vorgaben umgeht.

Ganztagschulen

Auch Hamburg weitet das Ganztagsangebot aus. Das ist zu begrüßen. Die Rahmenbedingungen aber, unter denen die neuen Ganztagschulen arbeiten sollen, sind unzureichend und müssen nachgebessert werden. In welchem Maße die Ausstattungsbedingungen verschlechtert worden sind, wird daran deutlich, dass der pädagogische Mehrbedarf der bestehenden Ganztagschulen um 60 % abgesenkt werden soll, um ihm dem der neuen Ganztagschulen anzupassen.

Für die für den Ganztagsbetrieb erforderlichen zusätzlichen Stunden sind nur zu 30% Lehrkräfte vorgesehen, der überwiegende Teil soll von Sozialpädagogen oder Honorarkräften betreut werden. Außerschulische Fachkräfte auf Honorarbasis können für eine Schule bereichernd sein; der mögliche positive Effekt wird aber dann beeinträchtigt, wenn auch die Honorarkräfte, wie es vorgesehen ist, mit Gruppen von 21 bis 24 Schülern und Schülerinnen arbeiten müssen. Die Schulen stehen derzeit vor dem Problem, genügend geeignete Personen zu finden, die unter diesen Bedingungen und für einen Honorarsatz von 15,03 Euro pro Stunde bereit sind, an den Schulen handwerkliche, künstlerische, musikalische oder sportliche Arbeitsgruppen anzubieten.

Trotz dieser Bedingungen hatten sich 22 Gesamtschulen mit ausgearbeiteten Konzepten bei der Schulbehörde beworben, als Ganztagschule arbeiten zu dürfen. Nach einem für die GGG nicht nachvollziehbaren behördeninternen Auswahlverfahren

haben für dieses Jahr nur sechs einen Zuschlag erhalten.

Selbst verantwortete Schule

Den einzelnen Schulen mehr Selbstständigkeit zu geben, ist eines der Vorhaben der Schulbehörde. In diesem Jahr haben 18 Schulen (darunter sechs Gesamtschulen) mit einem Schulversuch „Selbst verantwortete Schule“ begonnen. Diese Schulen wurden unter einer Projektleitung, die auch die Vorgesetztenfunktion wahrnimmt, zusammengefasst. Noch sind die Konturen dieses Schulversuchs nicht klar erkennbar. Vieles ist – verständlicherweise – noch im Fluss. So bleibt die bisherige Schulaufsicht neben der Projektleitung u.a. zuständig für die Dienst-, Fach-, und Rechtsaufsicht; sie führt die externe Evaluation durch, sie kontrolliert die Prüfungspraxis und die Abschlussvergabe und die Schulleitungen der selbst verantworteten Schulen nehmen weiter an den Dienstbesprechungen ihrer bisherigen Schulaufsicht teil. Welche Entscheidungsbefugnisse tatsächlich einmal auf die selbst verantworteten Schulen übergehen, ist angesichts der vielfältigen personalrechtlichen Vorgaben noch nicht absehbar. Wie die ersten Monate dieses Projektes zeigen, wird der pädagogische Gestaltungsspielraum deutlich erweitert. Das gilt auch für die Bestimmungen zur äußeren Fachleistungsdifferenzierung. Über Abweichungen von bisheriger Bestimmung werden Zielleistungsvereinbarungen zwischen der Schule und der Projektleitung geschlossen.

Klasseninterne Differenzierung

Die Ausbildungs- und Prüfungsordnung für integrierte Gesamtschulen enthält eine Öffnungsklausel, nach der es den Schulen möglich ist, die äußere Fachleistungsdifferenzierung klassenintern zu organisieren. Von dieser Möglichkeit machen erfreulicherweise schon mindestens sieben Gesamtschulen für jeweils unterschiedliche Fächer Gebrauch; mit dem neuen Schuljahr werden sicher weitere hinzukommen.

Jürgen Riekmann

Niedersachsen

Bundesbildungsministerin überreicht der IGS-Wilhelmshaven den 2. Preis

„Wir ziehen die rote Karte, bevor das Kind in den Brunnen gefallen ist“

Beim Wettbewerb „Zeigt her eure Schule...“, ausgeschrieben vom Bundesministerium für Bildung und Forschung in Zusammenarbeit mit der deutschen Kinder und Jugendstiftung wurden von über 200 Schulen aus dem Bundesgebiet die 20 Besten nominiert und im April 2005 in die Bundeshauptstadt eingeladen. Dabei errang die Integrierte Gesamtschule Wilhelmshaven mit ihrem Konzept „Emotionale Intelligenz- ein Netz sozialen Handelns“ den 2. Platz. Die Verknüpfung der verschiedenen Module, z.B. „Soziales Gruppentraining“ in Jahrgang 5, der „Knigge-Kurs“ in Jahrgang 9 und das Projekt „Soziales Handeln“ in Jahrgang 10, zur Stärkung der sozialen Kompetenz der Schülerinnen und Schüler wurde von Bundesbildungsministerin Edelgard Bulmahn und der Fachjury in besonderer Weise gewürdigt.

Am Tag zuvor stellten die 20 nominierten Schulen sich und ihre Projekte kurz

vor und formulierten eine charakteristische Schlagzeile für ihr Projekt. Unter dem Motto: „Wir ziehen die rote Karte, bevor das Kind in den Brunnen gefallen ist“ präsentierte die IGS Wilhelmshaven ihr Konzept zur „emotionalen Intelligenz- ein Netz sozialen Handelns“. Die Ampelkarten (grün, gelb, rot) sind ein wichtiges Arbeitsmittel in den wöchentlichen Sozialtrainingsstunden des fünften Jahrgangs.

Das soziale Gruppentraining ist der erste Schritt im Netzwerk des sozialen Miteinanders der Integrierten Gesamtschule Wilhelmshaven. Durch Training der sozialen Kompetenz aller Schüler und Schülerinnen möchte die Schule im Vorfeld agieren statt im Schulalltag wirklich einmal die rote Karte ziehen zu müssen.

Der intensive Einsatz aller Kollegen und Kolleginnen der Schule, insbesondere der Sozialpädagogen wurde mit einem besonderen Preis belohnt. Die IGS darf sich im Wert von 5000 Euro ein „grünes Klassenzimmer“ unter fachkundiger Beratung im Außengelände einrichten. Ergänzend erhielten alle 10 Preisträger eine Videokamera für ihren Schulalltag.

Manuel Scheidt



Mit der Bundesministerin für Bildung und Forschung Edelgard Bulmahn freuen sich Hanno-Domagoj Meins, Manuel Scheidt (Sozialpädagoge), Silvana Eisenbauer, Katrin Tönjes, Marcel Hansche sowie Christoph Goritz (Fachbereichsleiter Ganztage)

Hessen

Bericht vom Gesamtschultag am 5.3.2005 in der Wollenbergschule in Wetter

Lehrer diskutieren über alternative Lernkonzepte

120 Besucher bei der Frühjahrstagung der Gesamtschulen in der Wollenbergschule

Wetter (*ram*). Wie kann kompetenzorientierte Lernorganisation in Unterricht und Schule aussehen? Wie kann eine Schule damit beginnen und wie könnten Mindestanforderungen für Schüler aussehen? Diese und andere Fragen über zukünftige Lernkonzepte an Gesamtschulen standen im Mittelpunkt einer Frühjahrstagung der Gemeinnützigen Gesellschaft der Gesamtschulen des Landes Hessen (GGG) in der Wollenbergschule.

Rund 120 Gäste aus den insgesamt rund 200 hessischen Gesamtschulen verfolgten die zweigeteilte Veranstaltung, die mit einem Referat von Ursula Helmke vom GGG-Landesverband Bremen begann. Die Beraterin der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaften (GEW) im Bereich internationale Vergleichsuntersuchungen zu Schulleistungen sprach über die Zukunft von Bildungsstandards.

Es gelte, sich am skandinavischen System zu orientieren. Das habe das Ziel, kein Kind zurückzulassen und allen das Erreichen von Mindestanforderungen zu ermöglichen. Helmke berichtete über eigene Erfahrungen mit dem schwedischen und norwegischen Schulsystem. Dort arbeiteten alle Beteiligten zusammen, um die Mindestanforderungen erreichen zu können, während in Deutschland die Federführung bei staatlichen Institutionen liege.

Helmke geht davon aus, dass in naher Zukunft zentrale Paradigmenwechsel in den Schulen notwendig werden, um solche Mindeststandards auf nationaler Ebene schaffen zu können. Einerseits müsse die Verantwortung für den Erfolg aller Schü-

ler an die Lehrer gegeben werden, andererseits aber auch die Schüler früh in die Verantwortung für das eigene Lernen genommen werden. Beides sei in Skandinavien bereits üblich, müsse in Deutschland aber erst noch durch ein mittelfristiges Programm mit der Erstellung eines zentralen Konzeptes für die Neuorganisation des Lernkonzeptes eingeführt werden.

Kernpunkt dieses Konzeptes soll dabei die Formulierung von Kompetenzmindeststandards darstellen, deren Erreichen jedem Schüler ermöglicht werden müsse. Als Grundlage könnten dazu Kompetenzmodelle benutzt werden, die aufeinander aufbauen.

In der aktuellen Situation sieht Helmke dabei durchaus Chancen für die Gesamtschulen. „Die sog. Bildungsstandards sind noch unzulänglich definiert und formuliert, haben vielleicht noch Entwicklungschancen und könnten Gesamtschulen unterstützen“.

Den von den Gesamtschulen geforderten Mindeststandards stehen allerdings Regelstandards von Vertretern konservativer Lehrformen gegenüber, wie Wollenbergschulleiterin Christiane Dietzel in ihrer Einführungsrede erläuterte. Sie plädierte

Nordrhein-Westfalen

Trotz sinkender Schülerzahlen in den Grundschulen erneut große Überhänge: **Fast ein Drittel der Anmeldungen kann nicht berücksichtigt werden!**

Die in diesem Jahr besonders heftige Polemik gegen die „Einheitsschule“ hat offensichtlich wenig Einfluss auf die Anmeldungen bei den Gesamtschulen in Nordrhein-Westfalen gehabt – im Gegenteil:

„Längst nicht jeder Wunsch erfüllt sich. Die Gesamtschule Barmen hätte fast doppelt so viele Kinder wie möglich aufnehmen können.“ (WZ 05.04.2005)
 „Ansturm zur Gesamtschule. ... Unglaublich: 383 Kinder wollten zur Korczak-

für eine gemeinsame Bildung aller Schüler in einem einheitlichen Schulsystem. Dabei dürften schwächere Schüler nicht „zurück gelassen“ beziehungsweise an die nächste Schulform weitergegeben werden, sondern sollten genügend Förderung erhalten, um die Mindestanforderungen erreichen zu können. Es gelte die Öffentlichkeit von diesem System zu überzeugen.

Wie genau eine Neuorganisation des Lernkonzeptes aussehen könnte, darüber diskutierten die Teilnehmer im weiteren Verlauf der Tagung. Dabei stellten Referenten aus ganz Hessen, wie Gerd-Ulrich Franz vom Landesvorstand der GGG, den Gästen zuerst die Ergebnisse zweier Klausurtagungen der GGG im schweizerischen Beatenberg im November 2004 sowie im Februar 2005 vor. Daran anschließend diskutierten die Teilnehmer in den vier Arbeitsgruppen Mathematik, Englisch, Deutsch sowie „Änderung der Lernorganisation“ das konkrete weitere Vorgehen bis zur nächsten Tagung der GGG, die im Herbst stattfinden soll.

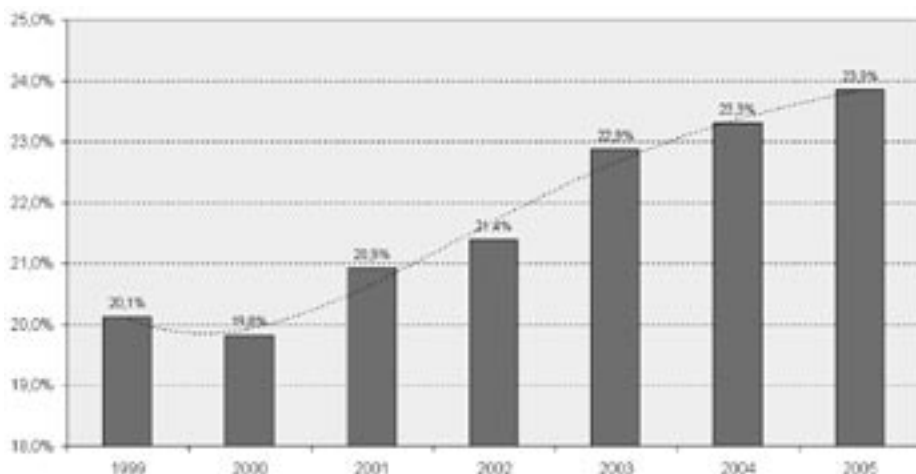
Der Artikel erschien im März 2005 in der Marburger Zeitung und darf mit Genehmigung von Ralph Amman (freier Journalist) in den Gesamtschul-Kontakten abgedruckt werden.

Schule, 120 Schüler durften aufgenommen werden.“ (NGZ Neuss, 17.03.2005)
 „Nicht alle Wünsche können bei Schulanmeldungen berücksichtigt werden. ... Zur Gesamtschule gehen möchten 219 Kinder, genommen werden können 156 Jungen und Mädchen.“ (Mindener Tageblatt, 05.03.2005)
 „Gesamtschule Wanne bei Anmeldungen vorn. Mit 210 Anmeldungen führt die Gesamtschule Wanne 2005 die ‚Hitliste‘ der weiterführenden Schulen an.“ (WAZ Herne, 05.03.2005)
 „Ansturm auf die Gesamtschule. Das sind die höchsten Anmeldezahlen an der Gesamtschule Olfen seit ihrem Bestehen: 244 Eltern meldeten in der letzten Woche ihr Kind an der Olfener Wolfhelschule an.“ (WAZ Olfen, 23.02.2005)

Dies sind nur wenige Beispiele aus den vielen Zeitungsmeldungen in den diesjährigen Anmeldewochen. Noch einige mehr findet man unter www.ggg-nrw.de/BildStat.

Allerdings kann die starke Nachfrage keineswegs befriedigt werden. Im gesamten Regierungsbezirk Köln können weniger

meldeten Kinder abgewiesen werden. Die Zahl der Schülerinnen und Schüler in den vierten Klassen der Grundschulen ist in diesem Schuljahr gegenüber dem Vorjahr landesweit um fast 3,8 % gesunken, der Anteil dieser Kinder, die zur Gesamtschule angemeldet wurden ist weiter angestiegen und mit 23,9 % größer als je zuvor (s. Grafik):



als 60 % der angemeldeten Kinder in die Gesamtschule aufgenommen werden. Kleinräumiger betrachtet sind die Überhänge noch größer: in fünf Kreisen des Landes (Kr. Siegen-Wittgenstein, Kr. Kleve, Kr. Neuss, Erftkreis, Rhein-Sieg-Kreis) und in der Stadt Bonn findet in diesem Jahr nicht einmal die Hälfte der angemeldeten Schülerinnen und Schüler einen Platz in der Gesamtschule. Landesweit mussten 31,7 % der ange-

Auch wenn unser Gesamtschulverband sich entschieden für eine konsequente Schulreform einsetzt, für die gemeinsame Schule für alle Kinder, so darf nicht übersehen werden, dass nach geltendem Schulrecht in den oben genannten Kreisen dringend weitere Gesamtschulen gegründet werden müssen.

Jürgen Theis

Rheinland-Pfalz

In Rheinland-Pfalz erfolgen die Anmeldungen an Integrierte Gesamtschulen nach der Zeugnisausgabe zum Halbjahr (letztes Wochenende im Januar) in der ersten Woche des Monats Februar.

Wie auch in den Vorjahren, stellten mehr Eltern für ihre Kinder an den bestehenden Gesamtschulen einen Antrag auf Aufnahme als letztendlich aufgenommen werden können: Gesamtschulen in Rheinland-Pfalz dürfen nur eine – durch ministerielle Verfügung – vorgegebene Anzahl SchülerInnen aufnehmen. Dies führte landesweit dazu, dass mehr als ein Drittel der Anmeldungen landesweit nicht erfolgreich war.

Die Zahl der Ablehnungen würde die Errichtung weiterer zehn vierzügigen Gesamtschulen in dem Flächenstaat Rheinland-Pfalz rechtfertigen. Dabei ist nicht berücksichtigt, dass in vielen Mittelstädten (Speyer, Worms, Trier, Bad Dürkheim, Landau etc.) zur Zeit überhaupt kein Gesamtschulangebot zur Verfügung steht. In den größeren Städten oder deren stadtnahen Regionen besteht erheblicher Bedarf an Gesamtschulplätzen: hier fehlt für jede zweite Bewerbung ein Platz; in der Spitze fehlen für zwei von drei Bewerbungen Plätze (z.B. Mutterstadt, Nähe Ludwigshafen). Diese Situation beeinträchtigt massiv das von der regierenden

Die **GGG** Webseiten
mit Tradition und Format

www.ggg-nrw.de

Seit Jahren im Internet präsent!



SPD/FDP-Regierung – schon vor Jahren – geänderten Elternrecht auf freie Schulpflicht für ihre Kinder. Ein Problem in der Versorgung der Versorgung mit Gesamtschulplätzen besteht darin, dass nur die Schulträger für Gymnasien dies für ihren Wirkungsbereich beantragen können.

Die GGG in Rheinland-Pfalz sucht daher den Kontakt zu den zuständigen Verwaltungen und den politischen Parteien in diesen Regionen. Auch der Kontakt zu den Verantwortlichen in den Landtagsparteien des Landes wird gesucht, insbesondere in der Vorbereitung der Landtagswahlprogramme für die anstehende Landtagswahl in 2006.

Ein erstes Gespräch in diesem Zusammenhang fand im März 2005 mit der Landtagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen unter Beteiligung von Ingrid Wenzler statt. Ausgangspunkt war der Parteitagbeschluss dieser Partei vom November 2004 (vergleiche „Gesamtschulkontakte“ 1/2005) auf eine gemeinsame Schule für Alle bis zur Jahrgangsstufe 9. In diesem Gespräch ergaben sich viele Gemeinsamkeiten in den Zielvorstellungen. Insbesondere auf dem Hintergrund internationaler Vergleichsuntersuchungen und den Zielen der Gesprächspartner konnten grundlegende Gemeinsamkeiten festgestellt werden, die politisch in den jeweiligen Aufgabenfeldern umgesetzt werden müssen.

Interessant – aus Sicht der GGG – ist der Modellversuch an den Schulen in Koblenz, Hamm und Thaleischweiler-Fröschen, der sich mit der Umsetzung der KMK-Vereinbarungen zur Differenzierung an Gesamtschulen beschäftigt. In diesem – an der IGS Pollenfeld (Koblenz) gestarteten Versuch (in den Gesamtschulen wurde davon berichtet), geht es um die Frage, wie mit möglichst wenig äußerer Differenzierung Gesamtschularbeit pädagogisch wirksam gearbeitet werden kann.

Franz-Josef Bronder

Saarland

Bildungspolitik – Sparpolitik

Seit dem Sieg bei der Landtagswahl im Herbst 2004 versucht die alleinregierende CDU nun ein striktes Sparprogramm durchzusetzen, das massiv auch den Kultur- und Bildungsbereich betrifft. Bildungspolitisch im Vordergrund steht derzeit die Diskussion um die Schließung von Grundschulen, die gegen heftigen Elternprotest im nächsten Schuljahr erfolgen soll. Ein Drittel der bestehenden Grundschulen soll zum Schuljahr 2005/06 geschlossen werden oder in den nächsten Jahren auslaufen. 50% der freiwerdenden Lehrerstellen sollen an die Grundschulen (Erhöhung der Stundentafel, Förderstunden) „zurückgegeben“ werden, eine Zusage, die mit großer Skepsis betrachtet wird.

Das Land will aus seinen Behörden insgesamt 600 Stellen „einsammeln“ und von der Staatskanzlei zentral verwalten lassen. Im Bildungsbereich sollen 17 Mio. Euro eingespart werden.

Das Thema „Verstärkte Selbständigkeit“ ist bisher im Saarland nicht aktuell. Es wird gemunkelt, dass zur „Qualitätsentwicklung“ und Begleitung von Schulen ab nächstem Schuljahr freigesetzte Grundschulleiter/innen als Moderator/innen ausgebildet und eingesetzt werden sollen.

Aktivitäten des Landesverbandes

Am 01.02. 05 fand – nach einer einstimmigen Genehmigung durch den Film „Treibhäuser der Zukunft“ von R. Kahl – eine Mitgliederversammlung mit Neuwahl des Vorstandes statt. Gewählt wurden Ursula Gressung-Schlobach als Vorsitzende, Eva Kohl (Vorsitzende der Landeselternvertretung GES) als Stellvertreterin, Klaus Winkel als Schriftführer, Sigrid Weber, Kassenführung, Rudi Hahn, Philipp Köhler, Gabi Mieth und Barabra Wern als Beisitzer/innen.

Für die künftige Vorstandsarbeit zeichnen sich zwei Schwerpunkte ab: Umsetzung der „Standards“ im Saarland und Vorbereitung des „Jubiläumjahres“ 2006/07 – 20 Jahre Gesamtschulen der 2. Generation im Saarland.

Als Blick über den Länderzaun haben wir uns mit der IGS Kastellstraße in Wiesbaden beschäftigt und einen Besuch dort organisiert. (19.05.05).

Ebenso fand wieder in Kooperation mit dem LPM das traditionellen Schüler-Lehrer-Seminar (11./12.03.05) statt.

Ursula Gressung-Schlobach

Sachsen

Zur Zeit ist es in Sachsen bildungspolitisch sehr unruhig. So sind seit letzter Woche die Kommunen aufgefordert, die vom Kultusministerium zur Schließung vorgesehenen Mittelschulen und Gymnasien zu prüfen. In kleineren Gemeinden ist das eher eine Farce. Viele weiterführende Schulen erreichen aufgrund der in Klasse 5 ankommenden geburten-schwachen Jahrgänge die erforderlichen Anmeldezahlen nicht und stehen vor dem Aus. Damit einher geht aber auch ein geplanter massiver Stellenabbau, der, sollten die Tarifverhandlungen scheitern (Ziel des KM ca. 70% Teilzeitarbeitzeit) zu Änderungskündigungen führen wird. Diese werden schon vorbereitet. (Sollte es zu Änderungskündigungen kommen, gibt es auch keine Neueinstellungen).

Das Modell Gemeinschaftsschule wird derzeit von etlichen Schulen geprüft bzw. ist auch schon von einigen beschlossen – ob es genehmigt wird steht auf einem anderen Blatt. In einigen Fällen hat der Landesverband Sachsen solchen Initiativen beratend zur Seite gestanden.

Thomas Jahre

Dr. Joachim Lohmann wird 70!



Am 18.6.05 vollendet der Gesamtschulkämpfer der ersten Generation und frühere Bundesvorsitzende der GGG, Dr. Joachim Lohmann, sein 70. Lebensjahr – als rüstiger, aktiver Pensionär, der nach einem Interim in anderen Politikbereichen wieder in der Gesamtschulbewegung Schleswig-Holsteins mitarbeitet.

Joachim Lohmann gehört zum Urgestein der Gesamtschulbewegung. Seit den 60er Jahren war er in vielen Funktionen der Wissenschaft (Pädagogisches Zentrum Berlin), der Kommunen (Stadtschulrat in Kiel von 1970 – 1979), der Politik

(Landtag in Kiel und aktiver SPD-Politiker) sowie der GGG (Landesvorsitzender in Schleswig-Holstein und von 1974 bis 1980 Bundesvorsitzender) eine treibende Kraft, Vordenker, Planer, Gründer, Strategie und offensiver Gesamtschulkämpfer. Er schrieb Gutachten im Vorfeld der ersten Gründungen in NRW (z.B. Kamen und Fröndenberg). Er gründete 1971 in seiner Funktion als Stadtschulrat die erste Gesamtschule in Schleswig-Holstein, Kiel-Friedrichsort. Die Beteiligung der Eltern in der Schule und in der GGG war ihm ein wichtiges Anliegen. Seine beiden Kinder besuchten mit großem Erfolg in der Schule die Gesamtschule in Kiel. Die Entwicklung einer demokratischen Gesamtschule der Chancengleichheit für alle unterstützte er in vielen Jahren seiner beruflichen Laufbahn mit nachhaltigem Engagement und Erfolg. Die GGG gratuliert Joachim Lohmann herzlich zum runden Geburtstag am 18. Juni und wünscht ihm noch viele gesunde, aktive und lebensfrohe Jahre, hoffentlich auch weiterhin als unser aktiver Mitstreiter für eine demokratische und sozial gerechte gemeinsame Schule für alle.

Ingrid Wenzler



Pädagogisches Ethos und ökonomische Rationalität

In der idealtypischen Gegenüberstellung privatwirtschaftlich und staatlich betriebener Schule bringt Joachim Wolff auf den Punkt, was im Zusammenhang mit der Auseinandersetzung um wirtschaftlicher Autonomie von Schule und Erfüllung eines pädagogischen Auftrags die Diskussion um die Weiterentwicklung von Schule bestimmt: Gewinnmaximierung versus Wirksamkeitsmaximierung. Oder: „Die Schule muss bestrebt sein, eine Schülerschaft zu bekommen, die Gewähr für den größtmöglichen Gewinn bietet...“ versus: „Die Schule nimmt alle Schülerinnen und Schüler ... auf“ (S. 195).

Akzeptiert man, dass gute Pädagogik einer ethischen Grundhaltung unterliegt und ihr Handeln auf rationaler Grundlage vollzieht, lassen sich diese Prinzipien mit einander vereinbaren, wobei die Frage nach pädagogischen Zielen und einzusetzenden Mitteln im politischen Raum beantwortet wird. Die gründlich recherchierte und klar formulierte Abhandlung ist ein lesenswerter Beitrag zur Auseinandersetzung über diese für die Schulentwicklung bedeutsame Frage.

ISBN 3-8300-0901-1

29. Gesamtschulkongress der GGG 23. bis 25. September 2005 in Kleinmachnow

www.laenger-gemeinsam-lernen.de

Maxim-Gorki-Gesamtschule mit gymnasialer Oberstufe

14532 Kleinmachnow · Förster-Funke-Allee 106 · Telefon 033203/22148
maxim-gorki-gesamtschule.kleinmachnow.de

Gemeinnützige Gesellschaft Gesamtschule e.V. – Gesamtschulverband

26583 Aurich · Postfach 1317 · Telefon 04941/18777 www.gesamtschulverband.de



Gemeinnützige
Gesellschaft
Gesamtschule

Gesamtschulverband

Kommentar



Reform – Reform – Reform – Reform – Reform – Reform? – Reform? – Reform!

Reformation, Gesundheitsreform, Föderalismusreform, Rechtschreibreform, Bildungsreform

von *Wolfgang Vogel*

Beginnen wir historisch: Martin Luther wollte eine Reform der Kirche „an Haupt und Gliedern“, eine Besinnung auf die Ursprünge des christlichen Glaubens und den Verzicht auf Ballast, der sich im Laufe der Jahrhunderte angesammelt hatte. Das Ergebnis kennen wir, zwei große Kirchen bestehen nebeneinander, sie berufen sich auf gleiche Quellen, haben prinzipiell gleiche Ziele, unterscheiden sich aber dogmatisch.

Die Gesundheitsreform verdient ihren Namen nicht, denn nicht die Gesundheit soll reformiert werden, sondern die Organisation der Krankheitskostenfinanzierung. Ob die Ärzte und Apotheker, Krankenhausträger, Krankenkassen oder Pharmakonzerne mit den Novellierungen je zufrieden sind, lässt sich nicht feststellen, wohl aber ein Teilergebnis: die Menschen in Deutschland leben länger, verursachen im Alter höhere Kosten bei der Gesundheitsvor- und -fürsorge und leiten damit die nächsten Reformschritte ein.

Über die Föderalismusreform, die Neuordnung der Bundesländer und die Änderung der Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern nachzudenken lohnt nicht, ist letztere doch gerade erst an Fragen der Bildungspolitik gescheitert.

Bei der Rechtschreibreform schien es zunächst ganz klar: Politische Vorgaben aus

mehreren deutschsprachigen Ländern, Sitzungen von Expertenkommissionen, qualifizierte Vorschläge, ein differenziertes Umsetzungsmodell, klare, gestufte Terminsetzungen wiesen den Weg ... bis kurz vor der endgültig vereinbarten verbindlichen Einführung vermeintlich noch klügere Leute ein Teilmoratorium und eine Reform von Reformteilen erwirkten.

Welche Perspektiven bleiben da für eine Bildungsreform? Einfluss auf die Schule zu haben und die ständische Ordnung zu erhalten war im feudalistischen System Ziel der Mächtigen. Aus dieser Tradition heraus war der Grundschulkompromiss nach dem ersten Weltkrieg ein wichtiger aber nur begrenzter Schritt auf dem Weg zu einer demokratischen, gerechten Schule. Nach der NS-Zeit und dem Zusammenbruch hätte sich die Chance für einen zweiten Reformschritt in deutschen Schulwesen ergeben können, wenn sich nicht durch den Föderalismus in den westlichen Bundesländern die alten Strukturen der Drei- bzw. Viergliedrigkeit wieder verfestigt hätten.

Seit späten sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts bemühen wir uns in der Bundesrepublik um eine bessere Schule, die Auseinandersetzung wurde und wird nicht immer sachlich geführt, die Strukturfrage wurde und wird wohlweislich ausgeklammert. „Guter Unterricht ist überall möglich“ heißt die Kompromissformel. Dabei sollten wir – alle die sich

um Bildung Gedanken machen und auch alle die dafür politisch Verantwortlichen – uns auf eine Beurteilung und Ratschläge von außen einlassen, weil die Sicht von dort einfach klarer und objektiver ist.

Der schwedische Professor Mats Ekholm schrieb 2003 in einem OECD-Bericht unter anderem, dass es an deutschen Schulen einen „Mangel an Öffentlichkeit, Kooperation und Vergleichbarkeit“ gibt, dass das Schulsystem „überselektiv, segmentierend und isolierend“ ist und dass „Energien verschleudert werden“. Ein Blick auf die 1962 in Schweden eingeführte Grundschule für alle sieben- bis sechzehnjährigen Kinder, das 1970 reformierte Gymnasium (Klassen 10-12) und die 1998 vollzogene Einbeziehung des Kindergartenbereichs und der Vorschule in die Verantwortlichkeit des Bildungswesens zeigt einerseits, dass und wie Verbesserungen möglich sind, aber auch, dass diese Prozesse Zeit brauchen.

Wenn bei der Abschlusstagung „Innovation braucht Kontinuität“ des BLK-Modellversuchsprogramms „Qualitätsverbesserung in Schulen und Schulsystemen – QuISS“ im November 2004 in Lübeck während der Podiumsdiskussion „Mit dem Mut der Verzweiflung“ als Hauptziele der Bildungsreform gewünscht werden, dass

- Deutschland wieder Anschluss fände an die Spitzengruppe,
- der Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft der Kinder und Bildungsabschluss endlich aufgebrochen werde,
- das Bildungssystem hinsichtlich Forderung und Förderung umgebaut werden müsse, und
- eine Systemreform eine Strukturreform sei, dann sollten diese Rufe endlich erhört werden!

Positive Ergebnisse werden wie in den skandinavischen Ländern die Folge sein.